

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B/KK/134

Bonn, den 16. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2a

Mager; höchst mager

112

Die Ohnmacht der CDU-Sozialausschüsse

Von Dr. Helmut Eggert

2a

Potsdam - Juli 1945

33

Folgeschwere Vertrauensseligkeit

3 - 3a

Ein tragfähiger Kompromiß

68

Zur Einigung über den Bildungsrat

Von Klaus Helfer

4 - 5

89

Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Mitteldeutschland (II und Schluß)

So manche Chancen wurden verpaßt

Von Dr. Alex Möller, MdB

Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

6

Franco schließt die Reihen

45

Klub der "alten Kämpfer" kam zum Zuge

Mager, höchst mager

Die Ohnmacht der CDU-Sozialausschüsse

Von Dr. Hellmut Eggers

- * Der Verfasser dieser Zeilen - im November 1964 zur SPD überge-
- * treten -, geistiger Vater der finanz- und steuerpolitischen Be-
- * schlüsse auf der Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse 1963 in
- * Oberhausen, hatte als Vorsitzender des Bundesarbeitskreises
- * "Finanz- und Steuerpolitik", Bundesvorstandsmitglied und stell-
- * vertret. Landesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Hessens sowie
- * Mitglied der Steuerkommission beim CDU-Bundesvorstand, einge-
- * hend Gelegenheit, die Einflußlosigkeit der Sozialausschüsse in-
- * nerhalb der CDU zu erforschen. Er nimmt nun zu ihrer diesjähri-
- * gen Bundestagung vom 9. bis 11. Juli 1965 in Köln Stellung.

Die Sozialausschüsse haben vor der Bundestagswahl die übliche Show als Wahlhelfer der CDU abgezogen, um mißtrauisch gewordene Arbeitnehmerschwärmer bei der Stange zu halten. Neben den zumeist alten Forderungen, die die Sozialausschüsse immer wieder neu präsentieren, ohne sie realisieren zu können, ist in dem diesjährigen Rechenschaftsbericht den Entschlüssen der Bundestagung 1963 zur Finanz- und Steuerpolitik als grundlegender gesellschaftspolitischer Konzeption ein besonders breiter Raum gewidmet worden. Der Bundesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Hans K a t z e r, erklärte, daß er die aufsehenerregende "Steuerbombe" 1963, deren Fabrikant der Verfasser ist, jederzeit noch einmal legen würde, weil sie zu einer fruchtbaren Diskussion in der CDU geführt habe. Was es mit der Fruchtbarkeit auf sich hat, ergibt sich aus dem Bericht über das Arbeitsergebnis der Steuerkommission. Tatsache ist, daß weder die Diskussion fruchtbar war noch daß irgendeine wesentliche von den 77 Forderungen realisiert wurde, wenn man von der Lohnsteuerfreiheit des 312-DM-Gesetzes absieht. Hauptsächlich sind in dem Arbeitsbericht Formalisierungen zu finden wie "keine Einigung", "erörtert und zurückgestellt", "erörtert, aber nicht weiter verfolgt", "muß neue Lösung gefunden werden", "Kommission hat das Problem erkannt", usw. Es fällt schwer, über diesen Bericht keine Satire zu schreiben. Wenn in unwesentlichen Punkten Einigkeit der Kommission festgestellt wird, dann heißt es gleich darauf, daß die Bundesregierung eine entsprechende Anfrage abschlägig beschieden habe. Mehrmal empfiehlt die Kommission in ihrer Großmut kleine Anfragen oder die erneute Einbringung eines abgelehnten Antrages.

Scheingefecht und Schau

Festzustellen ist jedenfalls, daß die sogenannte Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - auf sich alleingestellt - nicht den Mut gehabt hat, auch nur in einem einzigen Punkt initiativ zu werden. Wenn sich die Steuerkommission in ihrer Gesamtheit (Wirtschafts-, Mittelstands- und Sozialausschuß) in einigen nebensächlichen Punkten aufruffte, kleine Anfragen bzw. Anträge über die Fraktion zu stellen, dann erfolgte stets eine negative Stellungnahme von der Bundesregierung, die die Kommission veranlaßte, auf die weitere parlamentarische Bearbeitung zu verzichten. Eigentlich müßte man daraus schließen, die CDU wäre zur Oppositionspartei geworden. Oder ist sie nur dann zur Erfolglosigkeit verdammt, wenn sie sich der Interessen der Arbeitnehmerschaft annimmt? Ist also alles nur Scheingefecht und Schau? Zu diesem Ergebnis muß man gelangen, wenn man an die großen Steuergeschenke für andere Interessengruppen denkt, so z.B. an die degressive Abschreibung im Gebäudeabschreibungsge-

setz, das 1964 im parlamentarischen Schnellverfahren den Baulöwen die ihnen durch die Einschränkung des § 7 b ertgangener Steuervorteile größtenteils wieder durch die Hintertüre zuschanzte. Auch die Interessen der Steuerflüchtlinge aus der Großwirtschaft ins steuergünstige Ausland sind nicht beeinträchtigt worden. Obwohl in Oberhausen ausreichende gesetzliche Handhaben für die Finanzverwaltung zur Bekämpfung der Steuerflucht, durchgriffsmöglichkeiten auf ausländische Beteiligungsgesellschaften in Anlehnung an das USA-Vorbild, Änderung der Beweislast usw. gefordert wurden, ist praktisch nichts geschehen, um die zunehmende Steuerflucht einzudämmen. Der in dem Rechenschaftsbericht erwähnte koordinierte Ländererlaß weist die Finanzämter lediglich zur genauen Anwendung der bereits bestehenden Gesetze an. Es bleibt also alles beim alten. Dieser Ländererlaß ist nur ein plumper Rechtsauschertrick, um von den eigentlichen Problemen abzulenken und weiterhin den Großeinkommensbeziehern und den großen Kapitalbesitzern die Möglichkeit zur Verlagerung von Einkommen und Verträgen ins steuergünstige Ausland zu belassen.

Täuschungsmanöver

Auch die Verlängerung der Spekulationsfrist von zwei Jahren bei Grundstücksveräußerungen zur Verhinderung der Bodenspekulation wurde abgelehnt. Die Bodenspekulation kann also zu Lasten des Bausparers weiterblühen.

Um so weniger kümmerte man sich um die Arbeitnehmerinteressen, beispielsweise bei den Werbungskosten. Die geforderte steuerliche Abzugsfähigkeit der Arbeitnehmerarbeitsmittel, soweit sie sich als geringwertige Wirtschaftsgüter darstellen, war von der Steuerkommission von DM 600 - wie sie dem Unternehmer zustehen - bescheidenenerweise zunächst auf die Hälfte herabgemindert worden, so daß die ursprünglich geforderte Gleichstellung versagt blieb. Aber auch dieses geringfügige Almosen verfiel schließlich aus haushaltspolitischen Gründen gänzlich der Ablehnung, während zur gleichen Zeit dem Unternehmer die Erhöhung von DM 600 auf DM 800 zugestimmt wurde, obwohl dies zu einer Vielfachen des Steuerausfalls führt.

Die Einführung des Arbeitnehmerfreibetrages - von der SPD seit 1954 gefordert, von den Sozialausschüssen bis 1961 im Parlament abgelehnt - wird als besonderer Erfolg der Sozialausschüsse herausgestellt. Das ist ein Täuschungsmanöver, denn dafür unterblieb die wegen Kaufkraftschwundes seit langem überfällige Erhöhung des allgemeinen Tarif-Freibetrages.

Diese Beispiele ließen sich noch lange fortsetzen.

Der einzige Erfolg auf steuer- bzw. eigentumspolitischem Gebiet, der eingetreten ist, ist die Lohnsteuerfreiheit und Tariffähigkeit für Zuwendungen nach dem 312-DM-Gesetz. Das ist aber keineswegs ein Erfolg der Sozialausschüsse, denn die Forderung nach Tariffähigkeit des 312-DM-Gesetzes ist von einer vom CDU-Parteitag in Hannover 1964 eingesetzten Kommission beerdigt worden. Erst durch den Vorstoß des Sozialdemokraten **L e b e r**, der im September 1964 mit seinem Vermögensbildungsvorschlag eine außergewöhnliche positive Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden hatte, wurde die CDU in ihrer Mehrheit veranlaßt, der Tarifierung zuzustimmen. Es muß hierbei daran erinnert werden, daß die SPD bereits 1961 einen Antrag auf Tarifierung des 312-DM-Gesetzes gestellt hatte, der von der CDU/CSU geschlossen einschließlich der Arbeitnehmergruppe im Bundestag abgelehnt wurde. Damit wurde auch der kleinste Ansatz zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wieder um vier Jahre hinausgezögert.

"Linker Flügel" - nur Aushängeschild

Zusammenfassend kann man sagen, daß gerade dieser Rechenschaftsbericht über die Finanz- und Steuerpolitik ein Schulbeispiel für die Ohrmacht der Sozialausschüsse innerhalb der CDU ist. Die von der CDU eingesetzte Steuerkommission hat ihr Ziel erreicht, nämlich die finanz- und steuerpolitischen Vorschläge 1963 von Oberhausen aus der Öffentlichkeit zu verbannen und parteiintern zu begraben. Jeder Arbeitnehmer muß sich nach alledem darüber klar sein, wie gering die Möglichkeit ist, die Interessen der Arbeitnehmer in die praktische Politik der CDU/CSU zum Tragen zu bringen. Der sogenannte "linke Flügel" dient nur als Aushängeschild, um Arbeitnehmerwählerstimmen einzufangen. Es gilt der Ausspruch Fritz Erlers: "Im Wahljahr zeigt die CDU ihren linken Flügel vor, der nachher um so weniger zu sagen hat."

+ + +

Potsdam - Juli 1945

Folgeschwere Vertrauensseligkeit

sp - Vertrauensseligkeit gegenüber Diktatoren hat sich noch nie auszahlt. Dies hätte den Westmächten eigentlich auf der Potsdamer Konferenz, die am 17. Juli 1945 begann, ins Bewußtsein kommen müssen. Hätten sie doch wenige Jahre vorher angesichts ihrer nachgiebigen Haltung gegenüber Hitler in drastischer Weise erlebt, daß Konzessionsbereitschaft sehr leicht mit Schwäche verwechselt wird. Man kann es nur bedauern, daß die Westalliierten aus ihren Erfahrungen auf dieser Konferenz keine Lehren zogen. Sonst hätten sie kaum einen Vertragswort zugestimmt, dessen Erfüllung in entscheidenden Punkten von dem Willen der Sowjetunion abhing. Zwanzig Jahre nach dieser denkwürdigen Zusammenkunft der drei Großmächte gelangt man zu dem Schluß, daß die Sowjets lediglich den Bestimmungen entsprochen haben, die der Bolschewisierung Mitteldeutschlands Vorschub leisteten. Demokratische Parteien sollten wiedererstehen, die Gründung freier Gewerkschaften wurde gestattet, eine lokale Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen in ganz Deutschland sowie freie Wahlen auf den unteren und mittleren Ebenen waren geplant, man sprach von Freiheit der Rede, Presse und der Religion. Kopfschüttelnd stellt man heute die Frage, woher die Westmächte den Glauben nahmen, daß die Sowjetregierung dem von ihr besetzten Teil Deutschlands mehr demokratische Rechte einräumen würde, als sie ihrer eigenen Bevölkerung gewährte. Die Alliierten taten außerdem ihre Absicht kund, das deutsche Volk weder zu vernichten noch zu versklaven. Vielmehr sollte ihm die Möglichkeit gegeben werden, sein Leben nach demokratischen und friedlichen Prinzipien von neuem aufzubauen. Und man verband damit die Erklärung, daß unser Volk nach Erreichung dieses Zieles seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen werde.

Kommt hier nicht die Hoffnung auf Vertragstreue der Sowjets zum Ausdruck? Als der Krenl durch sein Verhalten der Weltöffentlichkeit klar machte, daß er die dem Abkommen entgegengesetzten kommunistischen Prinzipien in Mitteldeutschland als staatliche und gesellschaftliche Wirklichkeit durchzusetzen beabsichtigte, zeigten sich die Westmächte zur Gegenwehr nicht gewappnet. Es ist und bleibt eben ein Unterschied, ob die Vertragspartner Diktatoren oder Demokraten sind.

+ + +

Ein tragfähiger Kompromiß

Zur Einigung über den Bildungsrat Von Klaus Helfer

Waldemar von Kroeringen, Mitglied der SED-Regierungsmannschaft, hat das vom Donnerstag dieser Woche im Bundeskanzleramt zwischen den Regierungen des Bundes und der Länder abgeschlossene Abkommen über die Errichtung eines Deutschen Bildungsrates einen "tragfähigen Kompromiß" unterschiedlicher Standpunkte genannt. Seitdem er in seiner historischen Straubinger Rede am 25. Juni 1961 eine Neuordnung der deutschen Kulturlandschaft und die Berufung eines "Deutschen Kulturrates" forderte, wurde die Diskussion um Auftrag, Konstruktion und Arbeitsweise eines solchen Gremiums unter den verschiedensten Gesichtspunkten geführt. Seitdem auch die CDU und die Bundesregierung ihre anfängliche Ablehnung der sozialdemokratischen Vorschläge aufgaben und einen ebenso verdächtigen Enthusiasmus für einen "Bildungsrat" ihrer Vorstellung entwickelten, mußten sich die Sozialdemokraten immer wieder mit schieferen Vorstellungen und Erwartungen auseinandersetzen, deren offenen oder versteckten Motive die ursprüngliche Konzeption verfälschten und die den Bildungsrat zur Wirkungslosigkeit zu verurteilen drohten. Was ist von der nun beschlossenen Konstruktion zu erwarten?

Hilfsorgan bildungspolitischer Willensbildung

Nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten sollte ein Gremium hoher fachlicher Autorität den für die Planung und Koordinierung bildungspolitischer Maßnahmen verantwortlichen Parlamenten und Regierungen die für ihre Entscheidungen wichtigen Grundlagen bereitstellen. Seine Gutachten und Empfehlungen für die Weiterentwicklung und strukturelle Neuordnung des deutschen Bildungswesens sollten mit den Instrumenten der modernen Bildungsforschung erarbeitet und keiner anderen Rücksicht unterworfen werden als der Befriedigung jener Ansprüche, die das soziale und kulturelle wie das wirtschaftliche und technische Leben einer modernen Zivilisation an Aufbau und Leistung des Bildungswesens stellen. Diese Unabhängigkeit ist der "Bildungskommission" des jetzt beschlossenen Bildungsrates gesichert. Ihr allein wurde die Aufgabe übertragen, Bedarfs- und Entwicklungspläne zu entwerfen, Vorschläge für die Struktur des Bildungswesens zu machen, den erforderlichen Finanzbedarf zu berechnen und Empfehlungen für die langfristige Planung auszusprechen.

Bis zuletzt hatten die Bundesregierung und die CDU versucht, das Votum der Experten wie im Wissenschaftsrat durch die Zustimmung der Exeku-

tiven zu filtern. Davon blieb lediglich die Bestimmung übrig, daß die Bildungskommission ihre Pläne, Vorschläge und Empfehlungen mit einer aus Vertretern des Bundes, der Länder und der kommunalen Spitzenorganisationen zusammengesetzten "Regierungskommission" zu beraten hat, ehe sie diese in eigener Verantwortung den vertragschließenden Regierungen und der Öffentlichkeit vorlegt. Bei den Mitgliedern der Bildungskommission wird es liegen, daß das Urteil über das sachlich Notwendige nicht vor dem Widerstand der Interessen kapituliert.

Instrument bildungspolitischer Koordination

Die Aufgaben und Rechte dieser Regierungskommission bleiben im Abkommen ebenso undefiniert wie die Kompetenzen des Bildungsrates als Ganzes. Von der Bundesregierung und den Koalitionsparteien ursprünglich als das Instrument gedacht, das Beamten Bonner Ministerien ein wenig außerhalb der bundesstaatlichen Legalität ein Mitspracherrecht in der Bildungsplanung verschaffensollte, wird dieses Gremium nur dann zu einer fruchtbareren Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden beitragen können, wenn es sich die Aufgaben setzt, die die Sozialdemokraten der von ihnen vorgeschlagenen "Bildungspolitischen Kontaktkommission" zugedacht hatten: "In ihr sollen Bund, Länder und Gemeinden bei der Lösung aller bildungspolitischen Fragen zusammenwirken... deren Lösung gegenseitige Information und Koordination erfordert." Das ist zwar weniger als es der seinerzeit von Waldemar von Knoeringen vorgeschlagene "Staatsvertrag zur Koordinierung der deutschen Kulturpolitik" vorsah, aber es ist mehr als bisher geschah. Die Regierungskommission hat nichts zu beschließen oder zu empfehlen. Aber ihre Beratungen unter dem Vorsitz des Präsidenten der Kultusministerkonferenz können den Interessen des Bundes und der Gemeinden an der Bildungsplanung künftig auch im kulturpolitischen Koordinierungsorgan der Länder größeres Gewicht verschaffen.

Der Politik bleibt die Verantwortung

Der Start des Bildungsrates ist leider mit den Illusionen belastet, die die Bundesregierung und die CDU an sein Zustandekommen knüpfen, um von ihrer eigenen Fatlosigkeit abzulenken. Bald wird sich herausstellen, daß auch er keine Wunder wirken und niemanden die Verantwortung politischer Entscheidungen abnehmen kann. Wenn es dem Bildungsrat gelingt, das aufzuzeigen, was unabweisbar getan werden muß, dann hat er viel getan. An den Regierungen und Parteien wird es liegen, ob das sachlich Notwendige auch politisch gewollt wird.

Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Mitteldeutschland (II und Schluß)

Von Dr. Alex Möller, MdB

Mitglied der SFD-Regierungsmannschaft

Größere Flexibilität wäre nicht nur gegenüber den osteuropäischen Ländern - wegen des fehlenden wirtschaftlichen Nutzeffektes - am Platze gewesen, sondern in erster Linie auch im Hinblick auf den Interzonenhandel. Wirtschaftliche Zusammenarbeit fördert menschliche Kontakte, führt zu besserem Verständnis in vielerlei Hinsicht und kann somit auf längere Sicht auch zu einer Entspannung der politischen Gegensätze beitragen.

In den Ostblockstaaten hören wir heute im Zusammenhang mit unserer recht spät einsetzenden Initiative: "Zu spät und zu wenig". Viele Projekte, für die man sich gerne deutsches "know-how" gesichert hätte, wurden anderweitig vergeben. Wir können nur hoffen, daß uns unsere Landsleute im Osten nicht eines Tages den gleichen Vorwurf machen. Der soeben veröffentlichte Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung stellt ohnehin fest, daß sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Distanz zwischen der BRD und der SBZ im Berichtszeitraum 1961 bis 1965 vertieft habe. Das ist eine durchaus zutreffende Aussage.

In bezug auf die Warenstruktur wurde von den Zonenfunktionären seit 1961 eine Entwicklung forciert, die zwar nicht darauf abzielt, den Interzonenhandel quantitativ zu verringern, die aber das Schwergewicht systematisch auf Produkte zu verlagern sucht, die seine Bedeutung für die SBZ allmählich herabmindern. Die Zonennachhaber intensivieren dagegen erfolgreich die Beziehungen zum westlichen Ausland. Verträge über eine Kunstdüngerfabrik und über eine Kunststofffabrik sind zustande gekommen, nachdem Verhandlungen über langfristige Kredite mit der Bundesrepublik erfolglos verlaufen waren.

In zwei für die SBZ äußerst wichtigen Posten - Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse - hatten wir 1960 mit Lieferungen im Werte von 224 Mio DM gegenüber Großbritannien und den anderen EWG-Ländern (25 Mio DM) noch eindeutig den Vorrang; bis 1964 modifizierte sich dieses Verhältnis sehr zu unseren Ungunsten auf 109 : 111 Mio DM.

* * *

Müssen wir solchen Tendenzen entgegenwirken? Mit abnehmender Bedeutung des Interzonenhandels begeben wir uns nicht nur einer Reine bis jetzt ungenutzter politischer Möglichkeiten, sondern wir gefährden sogar den Status quo, das durch das Jessup-Malik-Abkommen begründete Junktim, das besagt, ein reibungsloser Interzonenhandel setzte einen reibungslosen Berlin-Verkehr voraus. Daran sei erinnert.

Offenbar wird man sich im Wirtschaftsministerium dieser Gefahren allmählich stärker bewußt. Denn vor kurzem billigte man meines Wissens der Firma Henschel zu, für einen Großauftrag aus der Zone

einen 8-Jahreskredit zu gewähren. Derartige Laufzeiten wurden bisher nur für Geschäfte mit den Ostblockländern gestattet. So manche Chance wurde verpaßt, "etwas mehr im koordinierten Zusammenhang auszuhandeln" (Schiller) und Erleichterung für die von der Teilung unmittelbar betroffenen Menschen zu schaffen.

Dazu ein Beispiel: Schon vor geraumer Zeit schlug der Berliner Senat vor, für den innerdeutschen Reise- und Besucherverkehr einen Reisescheck und ein entsprechendes Clearing-System einzuführen. Schließlich ist es unhaltbar, daß zwischen den beiden Währungsgebieten zwar ein Verrechnungssystem für Güter und Dienstleistungen, doch keine entsprechenden Fazilitäten für Menschen bestehen die von Deutschland nach Deutschland reisen wollen. In Bonn wurde gegen den Vorschlag mancher Einwand erhoben, ohne daß man ihn sachlich angreifen konnte. Bis heute liegt jedoch weder ein klares Ja noch ein klares Nein vor. Mit Recht äußerte der Berliner Wirtschaftssenator vor einiger Zeit: "Das nenne ich Lässigkeit in gesamtdeutscher und Interzonen-Wirtschaftsfragen. Und das wird und muß gründlich und gänzlich anders werden."

In der Tat ist es hohe Zeit, daß der Interzonenhandel als wirtschaftspolitisches Instrument im gesamtdeutschen Interesse aktiviert wird. Die Nutzung von Möglichkeiten der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit der SBZ ist doch in erster Linie ein deutsches Problem. Wie die neueste Entwicklung zeigt, geht eine intensivere Kommunikation zwischen west- und osteuropäischen Völkern auch an der Zone keineswegs vorbei. In aller Stille haben die Vereinigten Staaten ihre Politik gegenüber der Leipziger Messe geändert. Während es Washington in den vergangenen Jahren ablehnte, Ausfuhrlicenzen für Waren zu erteilen, die auf der Leipziger Messe ausgestellt werden sollten, und amerikanische Geschäftsleute vor der Beteiligung an der Messe warnte, hat man inzwischen diese Position verlassen.

Um so mehr sollten wir uns bemühen, gemeinsame Projekte z. B. auf dem Energie- und Verkehrssektor auszuhandeln. Die von dem Zonen-Regime angestrebte Staatlichkeits-Gleichbewertung steht auch nicht zur Diskussion, wenn Firmen und Firmenkonsortien als Träger des westdeutschen Beitrages auftreten. Ein vernünftiger Ausbau der "Treuhandstelle für den Interzonenhandel" könnte mit diesen Bemühungen parallel laufen.

Eine solche Politik ist weder schwächlich noch illusionär. Sie würde sich aktiv in Bestrebungen einreihen, die in der gesamten westlichen Welt immer deutlicher erkennbar werden. Unsere westlichen Partner erwarten von uns auch eigene Initiative. Mit den Ostblockstaaten müssen wir ins Gespräch kommen, ohne sie gibt es keine dauerhafte Lösungen für Deutschland. Präsident Johnson sagte in seiner Lexington-Rede: "Es ist unser Glaube, daß die weise und geschickte Entwicklung von Beziehungen mit den Nationen Osteuropas das Kommen des Tages beschleunigen kann, an dem Deutschland wiedervereinigt sein wird." Wenn wir die Wiedervereinigung wollen, dann dürfen wir kein noch so schmales Band, das Deutsche mit Deutschen verbindet, aufgeben.

Franco schließt die Reihen

Klub der "alten Kämpfer" kam zum Zuge

RW - Die achte Regierungsmannschaft des spanischen Diktaturregimes unterscheidet sich nur in den Personen, nicht in der politischen Schattierung von ihren Vorgängerinnen. Natürlich finden sich in der spanischen Presse keine Kommentare. So etwas wird nicht gewünscht und kommt daher nicht vor. Man beschränkt sich darauf, die unbestreitbare Tatsache zu verkünden, daß jeder Regierungswechsel von Bedeutung sei. Welche politische Bedeutung die neue Regierungsmannschaft habe, das wird nicht erläutert. Nur ganz leise da und dort wird auf den Plan für wirtschaftliche Entwicklung verwiesen, dessen Mißerfolg vor allem für die in Spanien immer an erster Stelle des Wirtschaftslebens stehende Landwirtschaft man doch nicht ganz verschweigen kann.

In Ausland hat man versucht, nach einer besonderen politischen Bedeutung dieses Personenwechsels zu suchen. Man spekulierte, ob etwa der Einfluß des Leienordens Opus Dei, der im Regime einen ersten Platz einnimmt, gemindert worden sei. Das Gegenteil ist der Fall. Einige Mitglieder dieser, etwas geheimnisvollen und jedenfalls einflußreichen, Organisation haben die Regierung verlassen. Andere haben ihren Platz eingenommen, unter ihnen der Katalane López Rodó. Er ist nicht nur aus Katalonien, er ist auch sozusagen der Chef der Opus Dei. Niemand wird dem Führer Spaniens personalpolitisches Ungeschick nachsagen können. Durch diese Ernennung wird nicht nur das gute Verhältnis zum Opus Dei stabilisiert. Es wird auch der ausscheidende Katalane Villalbi, der den einflußreichen Posten eines Vorsitzenden des Wirtschaftsrates behält, durch einen Landsmann ersetzt. Zu Beginn seiner Herrschaft hat das spanische totalitäre Regime Katalonien als eine Art Feindesland behandelt. Heute aber darf man sogar - zensierte - Bücher in katalanischer Sprache drucken, ist ein Katalane Minister, wenn schon ohne Portfeuille.

Wiel auffälliger als diese Merkmale ist jedoch, daß der größere Teil der Minister, trotz der langen Zeitspanne seit Ende des Bürgerkrieges, zum Klub der "alten Kämpfer" gehören. Sie sind Freiwillige des Bürgerkrieges aus den Reihen der "Falange" und der Traditionalisten, die bekanntlich damals zur Staatspartei, der "Bewegung", zusammengeschlossen wurden. Und an der Spitze der Regierung verbleibt der Führer-Stellvertreter, der einst vom deutschen Führer ausgezeichnete Kommandeur der "Blauen Division", Muñoz Grandes. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, angesichts jedoch vor allem der immer wieder sich wiederholenden Demonstrationen der Arbeiter und Studenten, die in ihren jeweiligen Bereichen Organisationsfreiheit fordern, ist die Regierungsumbildung des General Franco zweifelsfrei als zielstrebigem Versuch zu werten, die Reihen der überzeugten Anhänger des Regimes zu schließen.